

Sächsische Volkszeitung

Verlegt in Dresden, am Hauptbahnhof, im 1. Stockwerk, im Hause Nr. 55. (Telefon-Nr. 1111.)
Verleger: Carl Neumann, Neudammplatz 11. (Telefon-Nr. 1111.)

Unabhängiges Tageblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Abonnementspreis: 1 Mark 50 Pf. pro Quartal, 4 Mark pro Jahr. (Inland.)
Postamt Dresden, Postfach 1111. (Telefon-Nr. 1111.)

Amtliche Polemik in dem Kolonialwettbewerb.

Der Abgeordnete Erzberger schreibt uns:

Von verschiedenen Seiten wird mir die neueste Nummer des amtlichen „Deutschen Kolonialblattes“, das auf Reichskosten gedruckt wird, zugesendet. Zweifelsohne geschieht dies in der Absicht, daß ich mich auf einen Artikel äußern soll, der sich gegen mich wendet. Aber diesen Wunsch kann ich nicht erfüllen, da ich mich mit diesem Organ nicht in eine Polemik einlasse; es wird sich im Reichstag Gelegenheit bieten, das nähere zu sagen. Das amtliche „Deutsche Kolonialblatt“ hat sich bisher von einer parteipolitischen Stellungnahme mit Recht fern gehalten, wohl in der Erkenntnis, daß für amtliche Blätter sich dieses nicht schickt. Wenn nun ein Hauptfortschritt der „neuen Ära“ darin liegt, daß amtliche Blätter benützt werden, um Abgeordnete in einer, wie die „Freis. Ztg.“ sagt, „überaus gehässigen und in unanständiger Tonart“ anzugreifen, so wird man sich im kommenden Winter zu fragen haben, ob das Geld für solche Zeitungen vom Reichstage noch zu bewilligen ist. Wenn die Sorte der „Kolonialschonorrer“ sich gegen die reichlich verdiente Kritik wehrt, nehme ich es ihnen am wenigsten übel; aber es soll nicht auf Kosten der deutschen Steuerzahler, d. h. in amtlichen Blättern, geschehen.

Unvermerkt möchte ich aus diesem Elaborat einige Stellen wiedergeben, weil ich annehme, daß das amtliche Kolonialblatt doch nicht in breiten Volksschichten gelesen wird. Man kann dann hieraus erfahren, welche seine Sitte in der Welt der Kolonialschonorrer herrscht und daß dieser noble Ton solches Gefallen in der Kolonialabteilung gefunden hat, daß sie dieses afrikanische Produkt — im Gegensatz zu ihrer bisherigen Haltung — den deutschen Lesern servierte. Zu der in Deutsch-Ostafrika erscheinenden „Mamborapost“ befaßt sich ein „Wahrmond“ mit meiner im April dieses Jahres erschienenen „Kolonialbilanz“, welche einen Auszug aus den Kolonialdebatten des letzten Winters darstellt. Diesen Artikel hat nun das amtliche Organ in seinem nicht-amtlichen Teil an die Spitze der „Nachrichten aus den deutschen Schutzgebieten“ gesetzt. Es genügt zur Charakterisierung des ganzen, wenn ich ein paar Sätze aus diesem privaten amtlichen Ragout hierherhebe. Nachdem mitgeteilt worden ist, daß in der Broschüre Erzbergers unter anderem die Kapitel „der Fall Puttkamer“, „der Fall Horn und Pöfner“, „der Fall Rannenberg“, „der Fall Thiery“, „der Fall Brandeis-Riem“ und einige weitere Fälle behandelt worden sind, fährt „Wahrmond“ fort: „Rein, wirklich, Herr Erzberger, die sogenannte Kolonialfreundliche Presse“ hätte Sie nicht gehässig behandeln sollen, sie hätte sich darauf verlassen sollen, daß wer die Hände so oft und so gern ins Unappetitliche taucht, sich auch mal aus Versehen damit ins Gesicht, so Gott will, sogar an die werthe eigene Nase faßt und daß er einen solchen Fick nicht dadurch ungeschoren machen kann, daß er sich resolut die selbstgewundene Dornenkrone auf das feuerreine Haupt drückt. Die Broschüre ist „Ganz Erzberger“, d. h. Zeichenbroschüre und tendenziöse Wache, soweit sie nicht eine erheiternde Unwissenheit offenbart.“ Der Schreiber dieser Zeilen und die Kolonialabteilung haben wohl vergessen, daß dieses „Unappetitliche“ aus den Kolonien und aus den Akten der Kolonialabteilung selbst stammt! Ich selbst bin wahrhaftig höchst ungeschuldig, daß es so entsetzlich viel Schmutz gibt; ich habe nur geurteilt, daß dieser etwas herausgehört wird und das Gebäude des Deutschen Reiches nicht ganz verpestet. Auf die weiteren Anrempelungen habe ich kein Wort zu sagen; sie richten sich von selbst.

Aber „Wahrmond“ und ihm nach das amtliche Blatt begnügen sich nicht mit der Anrempelung meiner Person; sie gehen auch gegen die deutschen Katholiken und den deutschen Reichstag vor. Es heißt nämlich weiter in dem Artikel: „Herr Erzberger wächst dann von Seite 59 bis 91 emsig schmutzige Wäsche, wobei wir ihn diesmal nicht stören wollen. Dann erhebt er seine noch triefenden Arme gen Himmel und weint zwei Schlussseiten voll über das Thema „Deutsche Kolonialpolitik und Mission“. Das nach angelegentlichem Heberfeldt liechlich duftende Spanien wird uns dabei statt England als kolonialpolitisches Ideal hingestellt. . . Dann schließt die denkwürdige „Kolonialbilanz“ damit, daß sie uns eine päpstliche Bulle vom 4. Mai 1495 als Richtschnur empfiehlt.“ Zum Verständnis der Leser sehen wir hierher, daß die genannte päpstliche Bulle die Spanier ermahnt, nur lichte Leute in die neuentdeckten Kolonien zu senden, eine Mahnung, die wahrhaftig für die deutsche Kolonialabteilung nicht überflüssig ist. Die „Freis. Ztg.“, die mir doch politisch fern genug steht, meint zu diesen Auslassungen: „Wir sind überzeugt, Abgeordneter Erzberger ist Mannes genug, um der „Mamborapost“ eine entsprechende Erwiderung zuteil werden zu lassen, falls er es überhaupt für nötig hält. Wir dürfen es auch der katholischen Presse getroßt überlassen, die oben mitgeteilten böhmischen Angriffe zurückzuweisen. Aber aus prinzipiellen Gründen müssen wir uns dagegen verwahren, daß das „Deutsche Kolonialblatt“ derart zu Parteiwecken mißbraucht wird. Bisher hat das „Deutsche Kolonialblatt“ in durchaus lässlicher Weise sich auch in seinem nicht-amtlichen Teile auf tatsächliche Mitteilungen aus den deutschen und fremden Schutzgebieten beschränkt. Die Kolonialabteilung wird gut tun,

diesen guten Brauch beizubehalten, um ihr ohnehin übergroßes Schuldkonto nicht noch mehr zu belasten.“

Jedoch nicht nur die Katholiken erhalten in dieser Auslassung ein anscheinend, auch der Reichstag selbst wird in derselben seinen Mannern behandelt. Bekanntlich hat derselbe auf meine Veranlassung im letzten Winter eine Resolution angenommen, in welcher eine höhere Mitwirkung des Reichstages in der kolonialen Gesetzgebung gefordert wird, so wie es 1886 schon Windthorst verlangte; die große Nachbesprechung der Kolonialabteilung sollte hierdurch eingeschränkt werden. Einstimmig nahm der Reichstag diese Resolution an. Gegenüber dieser Forderung spricht nun die private — amtliche Auslassung von der „wackeligen Gesetzgebungsmaschine des Reichstages“. Köstlich! Eine Verwaltung, die so viel Butter auf dem Kopfe hat wie die Kolonialabteilung, diese hat keinen Anlaß, sich über den Reichstag in solch bespottlicher Weise zu äußern. Damit soll wohl die Bewilligungsfreudigkeit des Parlamentes erhöht werden?

Soweit nur meine Person in Betracht kommt, könnten mir solche plumpe, gehässige Auslassungen nur einen beiteren Augenblick bereiten, just ebenso wie die vielen anonymen und nicht-anonymen Zuschriften aus den Kolonien; sie alle beweisen ja sehr deutlich, daß ich gut getroffen habe, indem ich mit half, die seitherige Art der Kolonialpolitik unmöglich zu machen. Wenn aber nun diese Interessenten an möglichst hohen Reichsausgaben für die Kolonien aber zu einer Schwächung des Reichstages übergeben, so werden sie eine Antwort erhalten, die recht deutlich ausfallen wird. Die Kolonialverwaltung aber „krönt“ ihr Werk, wenn sie in der Zeit, wo ganz Deutschland über ihren Zusammenbruch einig ist, solche Artikel in ihr amtliches Organ aufnimmt. Sie hat dadurch den Beweis geliefert, daß man noch schonungslos und rücksichtslos gegen die Mißstände vorgehen muß, um sie auszumergen! Was mich betrifft, soll es hierin auch in Zukunft nicht fehlen!

Politische Mundschau.

Dresden, den 20. August 1906.

Der Kaiser hat den bisherigen ständigen Mitarbeiter im Auswärtigen Amt Legationsrat Knipping zum Konsul in Tientsin ernannt.

Aus Anlaß des Geburtstages des Kaisers Franz Josef waren am 18. d. Mts. in Wilhelmshöhe zur Frühstückstafel der Vorkämpfer v. Szöghenyi und die Herren der österreichisch-ungarischen Volkshaus, sowie andere Gäste geladen. Im Laufe der Tafel erhob sich der Kaiser und trank auf das Wohl seines treuen Freundes und Verbündeten. Die Kapelle des 83. Infanterieregiments, welche die Tafelmusik ausführte, spielte die österreichische Nationalhymne.

Beide Kammern des bayerischen Landtages sind am 18. d. Mts. durch eine Volkshaus des Prinzregenten bis auf weiteres vertagt worden.

Der französische Vorkämpfer in Berlin Bihourd soll im Oktober oder November in den Ruhestand treten. Ueber seinen Nachfolger hat sich die französische Regierung noch nicht schlüssig gemacht.

Minister v. Pöbbecke hat, wie die „Nordd. Allg. Zeitung“ offiziös mitteilt, den Reichskanzler gebeten, seine Entlassung aus dem Staatsdienst an Allerhöchster Stelle zu unterbreiten. Im Widerspruch hierzu steht die Mitteilung des „Verl. Lokal-Anzeigers“, worin dieser von dem Minister zur Erklärung ermächtigt ist, daß ihm bis zur Stunde weder von einer Aufforderung seiner Majestät (seine Entlassung einzureichen) etwas bekannt sei, noch daß er sein Abschiedsgesuch eingereicht habe. Dies war am Donnerstag, als der Reichskanzler schon von Nordsee abgereist war. Nachdem Herr v. Pöbbecke mittlerweile von der Notiz der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung Kenntnis erhalten hatte, glaubte er, wie der Verl. Lokal-Anzeiger mitteilt, den scheinbaren Widerspruch in folgender Weise erklären zu können: Er habe tatsächlich bereits vor einiger Zeit, gleich beim Beginn der Tappeltirch-Affäre, ein Schreiben an den Herren Reichskanzler nach Nordsee gerichtet, das etwa mit den Worten schloß: „Er, Herr v. Pöbbecke, sei zu alt, um sich in dieser Weise mit Schmutz bewerkeln zu lassen. Lieber würde er vorziehen, aus dem Staatsdienst zu scheiden.“ Diese Worte,“ fährt der „Lokal-Anz.“ fort, „wollte der Minister nicht als Einreichung eines Abschiedsgesuches verstanden wissen; wenn er ein solches beabsichtigt hätte, würde er dafür den vorgeschriebenen Weg einer Immediateingabe an den Kaiser gewählt haben. Seine Auffassung erscheint indessen nicht unanfechtbar und wurde, wie die Tatsachen beweisen, auch an anderer Stelle nicht geteilt. Im übrigen bleibt nunmehr die Entscheidung des Kaisers abzuwarten.“ — So weit der Lokal-Anzeiger. Die Darstellung steht aus, wie eine Blattnote des Herrn v. Pöbbecke in die Öffentlichkeit, bei der er Schutz gegen den Reichskanzler sucht.

Zur Einleitung von gerichtlichen Ermittlungen gegen Dr. Stübel und Geheimrat v. König teilt die „Freis. Ztg.“ noch mit, daß die Angelegenheit sich in folgender Weise abgespielt hat: „Im Verfolg eines Disziplinarverfahrens, das gegen den Beamten der Kolonialabteilung Boepflau eingeleitet worden ist, hatte bei diesem eine Hausdurchsuchung stattgefunden. Dabei waren unter anderem 4 von einem anderen Kolonialbeamten herrührende Privatbriefe beschlagnahmt worden. Kolonialdirektor Stübel hat nun von diesen Briefen, die zu den Akten über das noch schwebende

Disziplinarverfahren gehören, Abschrift nehmen lassen und diese — übrigens völlig unaufgefordert — dem Abg. Kören übergeben, lediglich in der Absicht, den Briefschreiber, für den sich Abg. Kören interessierte, bei diesen zu distanzieren. Einige Blätter betrachten es als das Recht des Kolonialdirektors, aus politischen Rücksichten Angaben aus den Akten des Auswärtigen Amtes zu machen. Sind sie auch damit einverstanden, daß aus rein persönlichen Gründen aus den unter allen Umständen geheim zu haltenden Untersuchungsakten Material veröffentlicht wird?“ Wir können diese Angaben nur bestätigen; die Auslieferung dieser Briefe an den Abg. Kören hatte nur den einen Zweck, diesen von der Verfolgung der Rechtsansprüche eines Kolonialbeamten abzuhalten; dieser Kolonialbeamte hatte sich deshalb unbeliebt gemacht, weil er in dem häßlichen Kulturkampf gegen die katholische Mission in Togo nicht auf Seiten der Kulturkämpfer gestanden hatte! In diesen Erörterungen hat die „Nat. Ztg.“ wieder ihr Gift verspritzt; sie schwindelt nur ins Blaue hinein, daß die betreffenden Beamten „offenbar einen Parlamentarier auf Grund der Akten lokale Aufstärkungen über die Unstichhaltigkeit gewisser Enthälterbehauptungen gegeben haben“, Nichts von alledem! Aber ist es denn tatsächlich wahr, daß Beamte der Kolonialabteilung einem Zentrumsabgeordneten Material gegen den Abg. Erzberger gegeben haben? Wenn die „Nat. Ztg.“, die so enge Fühlung mit der Kolonialabteilung hat, dies mitteilt, vermuten wird, es könnte etwas an der Sache sein; dadurch würde auch eine nicht viel besprochene Szene ihre volle Aufklärung finden!

Zum ersten Präsidenten der heutigen katholischen Versammlung ist Graf Oppersdorff gewählt worden. Graf Oppersdorff gehört dem schlesischen Adel an und hat in Oberglogau seinen Sitz; er ist erbliches Mitglied des preussischen Herrenhauses. Seine Wahl ist eine sehr glückliche und namentlich für Essen eine sehr passende. Der heutige Präsident gehört dem Zentralkomitee für die katholischen Versammlungen schon seit Jahren an und steht mitten in der katholischen Bewegung; er ist auch Vorsitzender des schlesischen Bauernvereins und arbeitet hier in der selbstlosesten Weise. Den weitesten Kreisen ist er bekannt geworden durch seine Herrenhausreden gegen die verheerliche Polenpolitik und zu Gunsten des Bergarbeiterschutzes. Was er im Jahre 1905 bezüglich des letzteren ausführte, waren fremde Töne im Herrenhause, aber es waren christliche und moderne Töne; es sprach das Gerechtigkeitsgefühl für die Arbeiter und das Mitgefühl für die wirtschaftlich Schwachen aus diesen Reden. Auf dem vorjährigen Katholikentag in Straßburg hat Graf Oppersdorff die soziale Frage mit viel Weisheit behandelt; neuer ist er Präsident im Orte des Mittelpunktes des Bergbaues. In Graf Oppersdorff hat die katholische Bewegung und das Zentrum eine ausgezeichnete Kraft, von der für die Zukunft noch sehr viel Großes erwartet werden darf.

Peters begnadigt. Wie ein Freund des Dr. Carl Peters in einem Briefe an den bayerischen Geheimrat Friede Martin, mit dem Peters im Prozeß lag, erklärt, ist Herr Dr. Peters sein Titel und Rang als „Reichskommissar“ wieder verliehen worden. Wann und wie ist das geschehen? Nachdem das Disziplinarurteil Peters diesen Titel und Rang abgeprochen hat, kann die Wiederherstellung nur im Gnadenwege erfolgt sein. Welche Gründe mögen vorgelegen haben, daß der Rächsbeteiligte von dieser Begnadigung, an deren schleunigen Bekanntwerden ihm doch selbst am meisten gelegen sein mußte, nichts zu verlauten lassen? Daß aus dem Reichskommissar a. D. übrigens wieder ein dienftunwürdiger Reichskommissar oder sonst irgend ein Regierungsfunktionär werden könnte, ist selbstverständlich ausgeschlossen. Das Parlament würde sich den Dr. Peters als Reichsbeamten unter seinen Umständen gefallen lassen. Wenn es auch Tatsache ist, so ist es doch ebenso Tatsache, daß Peters seinerzeit nicht sowohl wegen der Angaben des Luderbrieves als wegen anderer, von ihm selbst eingestandener Verfehlungen diszipliniert worden ist. Es wäre eine geradezu unglückliche Torheit der Regierung, wenn sie eben jetzt, unter Eindruck der jüngsten Kolonialskandale, ein koloniales Amt einem Manne übertrüge, der selbst bereits der Protagonist in einem Kolonialskandal gewesen ist.

Die Amerikasahrt des Kaisers. Der Kaiser empfing am Dienstag den Eigentümer der „New Yorker Staatszeitung“ Mister Ridder und ebenso Mister Evelyn in Wilhelmshöhe. Die beiden Herren anhörten sich nach der Audienz über die dabei geflogene Unterhaltung und bemerkten, aus ihr sei hervorgegangen, wie sehr dem Kaiser eine glückliche Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen am Herzen liege. In seiner zweiten Unterredung mit Herrn Ridder beendete der Kaiser sein warmstes Interesse an allen amerikanischen Verhältnissen und sprach den Wunsch aus, mit den Vereinigten Staaten und dem amerikanischen Volke dauernd die freundschaftlichen Beziehungen zu pflegen. Ganz besonders habe er den Wunsch, selbst die Vereinigten Staaten zu besuchen und den Präsidenten Roosevelt, für den er große Bewunderung begehren zu lernen. Anknüpfend an diese Aeußerung des Kaisers bemerkte Mister Ridder einem Vertreter des „Kasseler Tageblattes“ gegenüber: „Wir drüben leben in dem Kaiser, wenn ich mich amerikanisch ausdrücken darf, einen „genialen Geschäftsmann“, der die politischen und